

Avanti

2

Theoriebeilage

Hegels
„Algebra der
Revolution“

ISO Rhein-Neckar

Wer, wenn nicht wir?



INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		
01 KAPITALISMUS Wer, wenn nicht wir? EDITORIAL/INHALT/FASCHISMUS	<i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> nach der Sommerpause melden wir uns zurück. Angaben des Johns Hopkins Coronavirus Resource Center zufolge sind mittlerweile über 852.000 Menschen weltweit und in Deutschland über 9.300 Menschen aufgrund von COVID-19 gestorben. Nach wie vor ist ein Ende der Pandemie nicht in Sicht. Dennoch hat die Leugnung dieser tödlichen Gefahren in Deutschland und anderswo eine erschreckende Konjunktur. Das brauchen wir nicht. Was wir hingegen dringend brauchen, ist eine „Konjunktur der kämpferischen Abwehr“ der kleinen und großen Zumutungen des Kapitalismus. Wir berichten über letztere in mehrererlei Hinsicht: drohende Betriebsschließungen, anhaltende Immobilienspekulation, steigende Krisenlasten, globaler Rassismus ... Unsere Theoriebeilage ist dem großen Denker Georg Wilhelm Friedrich Hegel gewidmet, dessen Geburtstag sich am 28. August zum 250. Mal geöhrt hat. Wir hoffen auf Euer Interesse an diesen und den anderen Themen und setzen auf einen Herbst der Solidarität! Passt auf Euch auf und bleibt gesund!	08 MOBBING „BR im Visier“? GENTRIFIZIERUNG
02 FASCHISMUS Analyse einer tödlichen Gefahr CORONA-KRISE		09 NECKARSTADT „Westwind“ für Profite ANTIRASSISMUS
03 KRISENBEKÄMPFUNG Für wen? SOZIALE FRONT		10 AUSTAUSCH Internationaler Neubeginn? ISO
04 KUNDGEBUNG Nicht auf unserem Rücken BETRIEB UND GEWERKSCHAFT		11 SOMMERSEMINAR Antikapitalismus als Aufgabe RÜCKBLENDE/TERMINE
05 BOMBARDIER Aktionstag – und dann?		12 STALINISMUS Verbrechen ohne Söhne?
06 KAUFHOF Drohender Kahlschlag		12 TERMINE THEORIEBEILAGE
07 ISODRAHT Blitz mit Wirkung?		01 ERINNERUNG 250. Geburtstag von Georg Wilhelm Friedrich Hegel
08 GLASFABRIK Protest gegen Schließung?		

„Was ist Faschismus? Zur Analyse einer tödlichen Gefahr.“

R. G.

Dies war das spannende wie hochaktuelle Thema des Online-Infoabends der ISO-Gruppe Rhein-Neckar am 17. Juli 2020.

Ultra-nationalistische, reaktionäre bis offen faschistische Strömungen und Bewegungen gewinnen in der gesamten Welt zunehmend Unterstützung. Dies gilt seit Jahren auch für Deutschland. Umso wichtiger ist es, zu verstehen, wie solche Bewegungen entstehen und wie sie bekämpft werden können. Das Ziel des Abends war, dazu einen Beitrag zu leisten.

Von Weimar bis heute

Der Referent spannte einen historischen Bogen von den Anfängen der faschistischen Bewegung in Deutschland vor rund 100 Jahren bis hin zum Entstehen der AFD und dem rechten Terror in den letzten Jahren.

Dabei begann er bei der Bekämpfung der Novemberrevolution durch die Ebert-Sozialdemokratie und dem dadurch begünstigten Aufschwung der faschistischen NSADP in der „Weimarer Republik“.

Hochaktuell: Trotzki's Faschismusanalyse

Eine der weitsichtigsten Analysen des Faschismus sei die von Leo Trotzki gewesen (L. Trotzki: Führungsperson der russischen Revo-

lution, politischer Gegner von Stalins bürokratischer Diktatur, verfolgt und auf Befehl Stalins ermordet).

So habe Trotzki unter anderem folgende Voraussetzungen für den Aufstieg des Faschismus genannt: Eine schwere (wirtschaftliche, politische und soziale) Krise des kapitalistischen Systems, die Verschärfung des Klassenkampfes von oben, die Infragestellung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, die Stärkung einer faschistischen Massenbewegung, das Entstehen einer sozialen Massenbasis und nicht zuletzt die Unterstützung durch das Großkapital.

Gerade auch hinsichtlich der notwendigen Taktik im Kampf gegen den Faschismus seien Trotzki's Vorschläge aktuell. Eine zentrale Achse bilde dabei der Aufbau einer „Einheitsfront“ der arbeitenden Klasse. Folgerichtig habe er die Politik der SPD und der stalinistischen KPD, die eine solche Einheitsfront verhinderten, scharf kritisiert.

Gemeinsam gegen Faschismus

Auch wenn die aktuelle Krise noch nicht so tiefgreifend sei wie die von 1929–1933, bestünde kein Grund, die faschistische Gefahr zu leugnen oder zu verharmlosen. ■

„Was wollen wir trinken?“

45 Superreiche und der Rest der Republik

H. N.

Das linksradikale Umtriebe nicht verdächtige Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat jüngst in einer Studie festgestellt, dass die Vermögensverteilung hierzulande noch ungleicher ist als bisher bekannt. Die 45 reichsten deutschen Familien verfügen über eben so viel Eigentum wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung (41,6 Millionen Menschen). 45 zu 41.600.000.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen des Kapitalismus stellen sich zwei Fragen. 1. Wer zahlt die Zeche? Und 2. Welcher Weg führt aus diesen Krisen?

Ihre Antworten ...

Die Kosten der aktuellen Gesamtkrise werden auf rund 2 Billionen Euro geschätzt. Die Herrschenden und ihre Politik haben mit den „Konjunkturprogrammen“ bereits mit der Abwälzung der Krisenlasten begonnen. Das ist ihre Antwort auf die erste Frage.

Ihre Antwort auf die zweite Frage lautet: „Transformation“ zu einem „grünen“ Kapitalismus mit noch mehr „Deregulierung“, „Digitalisierung“, „Elektromobilität“, „Flexibilisierung“, „Privatisierung“ und dergleichen mehr. Damit soll die „Konkurrenzfähigkeit“ des deutschen Kapitalismus und seiner Profite gesichert werden.

... und unsere

Um die sich real beschleunigt entwickelnden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Verwerfungen bekämpfen zu können, bedarf es jedoch einer Perspektive im Interesse der großen Mehrheit, im Interesse der arbeitenden Klasse. Ihr Kern muss ein gesellschaftlich nützlicher und ökologisch wirksamer Plan öffentlicher Arbeiten und Investitionen sein, der demokratisch erstellt und durchgesetzt wird.

Ein Plan öffentlicher Arbeiten

Dieser Plan sollte mindestens folgende 10 Punkte umfassen:

1. Er muss sinnvolle Arbeit und eine würdige Existenz für alle Menschen ermöglichen. Das Recht auf Arbeit ist elementar für die arbeitende Klasse in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft.
2. Leiharbeit, Werksverträge und alle Formen prekärer Beschäftigung müssen ebenso wie Entlassungen verboten werden. Wir dürfen nicht weiter hinnehmen, dass ein wachsender Teil der Arbeitenden zu Dauer-Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten im Niedriglohnbereich und „Aufstockern“ gemacht wird.
3. Das Existenzminimum von prekär Beschäftigten und selbstständig Tätigen ist unbürokratisch zu sichern. Ein Mindestlohn von 15 € ist umgehend einzuführen. Armut ist darüber hinaus in allen Bereichen und Altersgruppen durch eine gesellschaftliche Grundsicherung von 1.500 € zu verhindern.
4. Statt Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für Millionen muss die Arbeit auf alle verteilt werden, zum Beispiel durch eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust und mit Perso-

nal ausgleich in Stufen: 35-Stundenwoche, 30-Stundenwoche ...

5. Ein umfassender geätzlicher Gesundheitsschutz wird für alle hier lebenden Menschen sichergestellt. Dies geschieht durch den Stopp aller Privatisierungen und die Abschaffung des Systems der Fallpauschalen. Ein kontinuierlich weiterentwickeltes Programm fördert den massiven Ausbau des gesellschaftlichen Gesundheitssektors, der demokratischer Kontrolle unterliegt. Er hat die Aufgabe ganzheitlich die Ursachen von Gesundheitsgefährdungen zu bekämpfen. Aufklärung der Bevölkerung und Prävention stehen dabei an erster Stelle.
6. Wohnen ist ein Grundrecht. Es muss durch die Vergesellschaftung von Grund und Boden vor allem in den Städten sowie die Bekämpfung und die Enteignung von Immobilienspekulanten durchgesetzt werden.
7. Eine wirksame Bekämpfung der Klimakatastrophe und der Naturzerstörung setzt eine grundlegende Wende in den verschiedensten Bereichen voraus. Sie kann nur gelingen, wenn die profitgetriebenen zerstörerischen Auswirkungen von Agrargeschäft, Massentierhaltung, Produktion, Flächenverbrauch, Städtebau, Individual- und Flugverkehr sowie Energieerzeugung im jeweiligen Bereich und im Zusammenhang gesehen und planmäßig überwunden werden.
8. Bildung und Kultur für alle Menschen ist ein Menschenrecht. Es muss durch die Überwindung der neoliberalen Zerstörungen und den gesellschaftlich koordinierten Ausbau dieser Bereiche sichergestellt werden.
9. Massenmedien, insbesondere die von wenigen Großkonzernen beherrschte digitalen Sphären, sind der gesellschaftlichen Aufklärung verpflichtet. Ein demokratischer Zugang für alle ist zu sichern und durchzusetzen.
10. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus einer Solidaritätssteuer von 20 % auf alle Geldvermögen über 1 Million Euro, aus der Beschlagnahme aller zur „Steuer-Optimierung“ durch Konzerne und Einzelpersonen im Ausland versteckten Milliarden und durch die Einführung einer Vermögenssteuer von 80 % für alle Einkommen, die das Tausendfache des Durchschnitts betragen.

Die Frage, ob die Durchsetzung dieser oder andere Forderungen möglich oder unmöglich ist, kann wie folgt beantwortet werden: Entscheidend sind die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse, und diese sind abhängig von der Stärke des gemeinsamen Kampfes von unten. Ihn vorzubereiten und zu fördern ist die Aufgabe der handlungsbereiten linken und gewerkschaftlichen Organisationen. ■

„Die Reichen sollen zahlen!“

Kundgebung des Solidaritätsnetzwerks

K. M.

Am Samstag, den 18. Juli 2020, fand im Rahmen des bundesweiten Aktionstages der Initiative *#nichtaufunseremrücken* in Mannheim eine Kundgebung auf dem Paradeplatz statt.

Veranstalter war das „Solidaritätsnetzwerk Mannheim“, ein Bündnis verschiedener linker Organisationen und Initiativen, an dem sich auch die ISO/IV. Internationale Rhein-Neckar beteiligt. Rund 100 Menschen nahmen an der Kundgebung teil.

Die Reden bezogen sich auf ein breites inhaltliches Spektrum, das sich mit den Auswirkungen und den Folgen der Coronakrise sowie der gleichzeitigen und verstärkten Wirtschaftskrise befasste.

Es gab Beiträge aus Betrieb, Politik und Zivilgesellschaft. Sie verdeutlichten, dass die Krise alle Lebensbereiche betrifft, zum Beispiel im Gesundheitswesen, in der Daseinsvorsorge oder der

Bildung. Mehrere Rednerinnen und Redner machten deutlich, dass schon jetzt die Herrschenden die Weichen stellen, um insbesondere den abhängig Beschäftigten die Hauptlasten und vor allem die Kosten aufzubürden.

In verschiedenen Reden, insbesondere der des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees, wurde die Notwendigkeit der gemeinsamen Solidarität der abhängig Beschäftigten als der entscheidenden Voraussetzung für eine erfolgreiche Gegenwehr benannt.

Das „Solidaritätsnetzwerk Mannheim“ will auch zukünftig seinen Beitrag dazu leisten, die gemeinsame Aktion zu fördern. Gleichzeitig soll damit auch den Scheinalternativen von Neurechten und Faschisten mit ihren menschenverachtenden Zielen



Kundgebung im Rahmen des Aktionstages von *#nichtaufunseremrücken* in Mannheim, 18. Juli 2020.

Foto: Sevinc Sönmez.

IGM-Aktionstag bei Bombardier Sichere Arbeitsplätze gefordert

O. T.

Am 16. Juli 2020 hat ein europaweiter Aktionstag zur Sicherung der Arbeitsplätze bei Bombardier und Alstom stattgefunden. Insgesamt 22 Gewerkschaften hatten dazu aufgerufen.

Am Bombardier-Standort in Mannheim beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben mehr als 100 Beschäftigte an dem Protest der IG Metall (IGM) – trotz Regenwetters und durch Corona bedingtes Arbeiten in der eigenen Wohnung. Solidarisch unterstützt wurden sie durch Kolleg*innen des Überbetrieblichen Solidaritätskomitees und Aktive der ISO Rhein-Neckar.

Angesichts der anstehenden (und mittlerweile von der EU genehmigten) Übernahme von Bombardier durch Alstom fordern die Betriebsräte und die IGM von den Unternehmensleitungen europaweit:

„- alle Arbeitsplätze und alle europäischen Standorte zu sichern und sich zu echten Garantien zu verpflichten

- vollständige Klarheit über die langfristige Strategie zu schaffen und darüber, wie diese die nachhaltige Entwicklung

der Unternehmen und die Fähigkeit zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze fördert

- einen hochwertigen Sozialdialog zu gewährleisten, mit umfassender Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten und Gewerkschaftsvertreter*innen

Auch die EU und die Mitgliedstaaten tragen Verantwortung. Arbeitnehmervvertreter*innen fordern von ihnen, eine ehrgeizige Industriepolitik zur Unterstützung der Eisenbahnzulieferindustrie in Europa zu entwickeln.“

Die Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze kann nur durch weitere internationale Aktionen und eine enge Zusammenarbeit der jeweiligen Belegschaften und ihrer Intervertretungen gesichert werden. Mehr denn je ist jetzt der Kampf für ein Verbot von Entlassungen und für die Vergesellschaftung der Bahnindustrie erforderlich. ■



Aktionstag der IGM bei Bombardier Mannheim, 16. Juli 2020.

„Zukunft statt Kahlschlag“ Kundgebung für Galeria Kaufhof in N 7

O. T.

Die Mannheimer Galeria Kaufhof-Filiale in N 7 soll nach dem Willen der Konzernleitung zum 31. Oktober 2020 plattgemacht werden. Deshalb hatte die Gewerkschaft ver.di unter dem Motto „Zukunft statt Kahlschlag“ für den 4. Juli 2020 zu einer Protestkundgebung in den Kapuzinerplanken aufgerufen.

Rund 250 Menschen, darunter Aktive der ISO-Rhein-Neckar, waren gekommen, um sich mit den 75 betroffenen Beschäftigten zu solidarisieren.

In den zahlreichen Beiträgen und Grußworten – angefangen bei Oberbürgermeister Peter Kurz, über die Betriebsratsvorsitzende der Filiale in N 7, den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, die zuständige Gewerkschaft ver.di, den DGB, Bundestagsabgeordnete von PDL und SPD bis hin zum Überbetrieblichen Solidaritätskomitee Rhein-Neckar – wurde Unterstützung für die Beschäftigten zugesagt.

Notwendige Gegenwehr

Das ist alles gut und wichtig. Aber es darf bei diesen mündlichen Bekundungen nicht bleiben. Die Aussage der Betriebsratsvorsitzenden Sabine Jakoby auf der Kundgebung, dass sich die Beleg-

schaft nicht widerstandslos in ihr Schicksal ergeben wird, ist insbesondere von ver.di ernstzunehmen.

Der Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze muss offensiv geführt werden. Dazu ist eine breite und wirksame öffentliche Solidarität notwendig. Die Gewerkschaft darf sich nicht mit einer Scheinlösung, wie einer „Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft“ für 6 Monate abfinden lassen.

Unter Berufung auf den Artikel 14 des Grundgesetzes, muss, wie der Sprecher des Solidaritätskomitees unter starkem Beifall forderte, ein Verbot von Entlassungen durchgesetzt werden. Gleichzeitig gilt es, eine gewerkschaftsübergreifende Kampagne zur Enteignung von Spekulanten (wie z. B. des GKK-Eigentümers Benko) zu entwickeln.

Dadurch könnten Arbeitsplätze gesichert sowie ein sozialer und ökologischer Umbau der zunehmend verödenen Innen-



Protestaktion von ver.di gegen Kaufhof-Schließung in Mannheim, 04. Juli 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

IG Metall-„Blitz“ Aktionen gegen Stellenabbau

H. S.

Gemeinsam mit den Betriebsräten und Beschäftigten aus fünf verschiedenen Betrieben hat die IG Metall Mannheim Ende Juli, im Rahmen ihres „Blitz“-Aktionsprogramms, betriebliche Protestaktionen gegen den geplanten Stellenabbau in Mannheim durchgeführt. Aktionen fanden statt bei Isdraht, Südkabel, ZF Wabco, ABB Ladenburg und Felina. In all' diesen Werken planen die Kapitalisten Personalabbau.

Die Protestaktion von IG Metall und den Beschäftigten von Isdraht gegen den angekündigten Abbau von 100 Arbeitsplätzen fand am 30. Juli 2020 statt.

Hintergrund: Am 14. Mai 2020 hatte Isdraht angekündigt, den seit 1899 existierenden Produktionsstandort in Mannheim-Neckarau aufzugeben und nur noch einen kleinen Vertriebs- und Logistikbereich aufrechtzuhalten. Den mehr als 100, in der Mehrzahl langjährigen Beschäftigten, droht nun mitten in der Corona-Phase Erwerbslosigkeit ohne realistische Perspektive auf einen neuen Arbeitsplatz.

Thomas Hahl, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim, bezeichnete in seiner Ansprache die geplante Standortschließung in einer eigentlich zukunftssträchtigen Branche als völlig inakzeptabel. Nicht hinnehmbar sei auch, dass die schwedischen Eigentümer nicht bereit seien, mit Gewerkschaft und Betriebsrat über ein Zukunftskonzept zu verhandeln.

Gegenwehr angesagt

Thomas Hahl: „Es kann und darf nicht sein, dass die Krise auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Kein Unternehmen darf die Krise als Vorwand nutzen, schon lange existierende Personalabbaupläne und Sparmaßnahmen aus der Schublade zu ziehen. Dagegen werden wir uns wehren!“

Janna Köke, ebenfalls IGM Mannheim: „Hier wird Tradition und ‚Know How‘ made in Mannheim seit 1899 leichtfertig vernichtet. Die Drähte von Isdraht werden für Zukunftstechnologien

wie Bahn, Windkraft und E-Mobilität gebraucht. Da diese zeitverzögert kommen, ‚opfert‘ der Eigentümer hier gute Arbeitsplätze in einem wichtigen Absatzmarkt.“

Dies bestätigte auch ein Betriebsratsmitglied des Mannheimer Traditionsbetriebs Isdraht. Es prangerte die geplante Produktionsschließung als nicht hinnehmbar an, zumal sie auf dem Rücken der Belegschaft ausgetragen werden soll. Seit vielen Jahren habe das Management nicht mehr in Maschinen und Anlagen investiert. Dadurch sei der Standort ins Hintertreffen gekommen. Dies sei bewusst in Kauf genommen worden. Zukünftig sollen die Aufträge nicht mehr in Mannheim sondern in Schweden und Polen abgearbeitet werden, das werde die Belegschaft nicht widerstandslos akzeptieren.

In den Grußworten von Boris Weihrauch, (MdL SPD) Gökyay Akbulut (MdB, PdL), und Wolfgang Alles (Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar) wurde den betroffenen Beschäftigten solidarische Unterstützung zugesagt.

Überbetriebliche Solidarität

Der Sprecher des Solidaritätskomitees verwies dabei auf die besondere Notwendigkeit der überbetrieblichen und gewerkschaftsübergreifenden Solidarität. Keine Belegschaft dürfe in diesem Kampf alleine gelassen werden. Die Kämpfe müssten verbunden und in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zur Abwehr der Krisenlasten eingebettet werden. Dabei müsse das Verbot von Entlassungen eine zentrale Rolle spielen.



IGM-Kundgebung gegen Produktionsschließung bei Isdraht am 30. Juli 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

Glasfabrik St. Gobain Protest gegen Plattmacher

S. T.

Unter Missachtung jeglicher Informationsrechte, sei es im Aufsichtsrat oder gegenüber dem Betriebsrat, wurden die Kolleginnen und Kollegen der vor 168 Jahren gegründeten Glasfabrik St. Gobain, mit der Ankündigung der geplanten Werksschließung durch die Konzernleitung konfrontiert. Dadurch sind 140 Beschäftigte direkt von dem drohenden Verlust ihrer Existenzgrundlage be-

Wie hemmungslos Kapitalvertreter mittlerweile glauben agieren zu können, zeigte sich unmittelbar nach der Bekanntgabe der Schließungspläne, als dem zuständigen Gewerkschaftssekretär der IG BCE illegal der Zutritt zum Werksgelände verwehrt wurde.

Am Donnerstag, den 23. Juli 2020, hat dann auf Initiative der IG BCE Mannheim eine Kundgebung der Kolleginnen und Kollegen der Mannheimer Glasfabrik stattgefunden.

Die gesamte Belegschaft versammelte sich vor dem Werkstor. Außerdem nahmen viele Unterstützerinnen und Unterstützer teil, darunter Familienangehörige und Bekannte aber auch Ortsansässige und Kleinunternehmer, die von der Mannheimer Fabrik abhängig sind. Nicht zu übersehen waren zudem Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben, die sich solidarisch zeigten. Besonders aufgefallen sind dabei die in der IGM organisierten Vertrauensleute von Bombardier. Einige andere Initiativen, wie das Überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, waren ebenfalls präsent.

Die Kundgebung begann mit einer Rede İlhan Bakirs, des Betriebsratsvorsitzenden der Glasfabrik. Er berichtete über die schon vor Jahren begonnen Verlagerung zunächst des Wissens und dann auch der Produktionsarbeitsplätze nach Asien. Die weiteren Redner Frank Hessler (IG BCE), Stefan Fulst-Blei (SPD) und Lars Treusch (DGB Nordbaden) bekundeten ihre Solidarität mit den Beschäftigten und kritisierten, dass eine weitere Perle der Mannheimer Industrieschicht verloren gehe. Leider nicht zu Wort kam der Sprecher des Überbetrieblichen Solikomitees.

Die IG BCE hat angekündigt, dass sie den Betriebsrat bei der Verhandlung eines Sozialplans unterstützen werde. Das ist zwar auch Aufgabe einer Gewerkschaft, aber den entschlossenen Kampf zur Verteidigung von Arbeitsplätzen kann dies absolut nicht ersetzen.



Protest gegen Schließung der Glasfabrik Mannheim, 23. Juli

Foto: Avanti²

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Wie bekämpfen?

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,
Michael Bolte (DGB-Bundesvorstandsverwaltung)
Carl-Friedrich Bossert, Petra Jentzsch (IG Metall Vorstand)
Alexander Mohrlang (IGM Baden-Württemberg)
Dietrich Growe (Rechtsanwalt)
und vielen anderen

Samstag, 17. Oktober 2020

13:00 – 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg,
IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“,
Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-
Neckar, work-watch Köln

Um verbindliche Anmeldung wird gebeten bis spätestens 12. Oktober 2020.

Per E-Mail: solidaritaet@gegen-br-mobbing.de

Per Post: Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim

Infos: www.gegen-br-mobbing.de

Die Stadt als Beute

Gentrifizierung der Neckarstadt-West

N. B.

Seit Juli sorgt in der Neckarstadt-West das Gentrifizierungsprojekt „Westwind“ für Aufruhr. Bewohner*innen organisieren im Offenen Stadtteiltreffen (OST) Gegenwehr.

„Westwind“ für Profite

GRÜNEN-Stadtrat Markus Sprengler und Marcel Hauptenbuchner, Geschäftsführer der Immobilienfirma Hildebrandt & Hees, stellten im Juli dieses Jahres gemeinsam mit dem Gewerbeverein Jungbusch-Neckarstadt-West und dem Netzwerk Wohnumfeld / Bürgerinitiative Neckarstadt-West ihr „Westwind“-Papier vor.

Vorgeblich geht es um ein soziales Projekt zur „Aufwertung“ des Stadtteils, um Reduzierung des Verkehrs und um Belebung des öffentlichen Raums sowie des Kunst- und Kulturlebens. Auf den zweiten Blick entpuppt es sich als ein heuchlerisches Vorhaben der Gentrifizierung, das „Investoren“ und Immobilienspekulanten hohe Profite ermöglicht und immense Mietsteigerungen und die Verdrängung der ärmeren Bevölkerung zur Folge hat.¹

Bekannt sind die Immobilienfirma Hildebrandt & Hees und ihre Thor GbR-Firmen bereits aus dem Jungbusch, wo sie eine Vielzahl von Mietshäusern aufkauften, sanierten und für bis zu 14 € / m² neu vermieteten.²

In der Neckarstadt wollen sie die „störende“ Mietpreispbremse und Kappungsgrenze umgehen durch die Vermietung als Gewerbeflächen, sodass ehemaliger Wohnraum – ohnehin schon knapp in der Neckarstadt – in den aufgekauften Häusern häufig durch Gewerbe ersetzt wird.³ Zusätzlich soll der öffentliche Raum mit schicken Cafés, Restaurants und anderen Gewerben vom öffentlichen zum kommerzialisierten und damit exklusiven, ausschließenden Raum gemacht werden.

Nebenbei zahlt die Immobilienfirma jährlich 30.000 € an die Stadt zur „Kinder- und Jugendförderung“ im Rahmen der LOS (Lokalen Stadterneuerung).⁴ Welche Käufe von Häusern in von der Stadt erklärten „Sanierungsgebieten“⁵ diese „Spenden“ der Immobilienfirma ermöglichen, lässt sich selbstverständlich nur vermuten.

Protest und Gegenwehr

Die Bewohner*innen der Neckarstadt-West verleihen ihrer Wut über diese intransparente Verflechtung von Stadt und Immobilienakteuren seit dem Bekanntwerden Ausdruck. Sie beteiligten sich als ungeladene, kritische Gäste an den Vorstellungen der Pläne für den Neumarkt am 22. Juli 2020 und für die Dammstraße am 29. Juli 2020.

„Westwind“ sieht zwar „Bürgerbeteiligung“ vor, allerdings erst als Entscheidung darüber, ob einige der Projekte nach mehrjähriger Testphase beibehalten werden. Alternativ-Vorschläge der Bewohner*innen zur nichtkommerziellen Gestaltung des öffentlichen Raums wurden bei den Veranstaltungen – wie zu erwarten war –

übergangen.⁶

Das OST fordert Transparenz in der Stadtentwicklung und den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum,⁷ das Ewwe Longts fügt hinzu, dass die Zusammenarbeit der Stadt mit Hildebrandt & Hees beendet werden muss.⁸

Was tun?

In Diskussionen mit den Gentrifizierungsakteuren werden die Interessenskonflikte aber nicht überwunden werden. Vielmehr braucht es den massiven Druck von unten zur Durchsetzung der Interessen der Bewohner*innen gegen die der Profiteure der Gentrifizierung.

Die Belebung des kulturellen und sozialen Lebens dürfen nicht im Widerspruch stehen zu günstigem, gutem Wohnraum und guter Wohnraum nicht im Widerspruch zu günstigem. Sowohl guter Wohnraum als auch ein erfüllendes kulturelles und soziales Leben müssen allen Menschen zugänglich sein!

Warum sollten wir deshalb nicht auch in Mannheim Artikel 15 Grundgesetz in Erinnerung rufen? Dort steht: „Grund und Boden [...] können zum Zwecke der Vergesellschaftung [...] in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

1 Roland Schuster), „Neckarstadt-West – quo vadis?“, *Kommunalinfo Mannheim* (09.07.2020).

2 Interview mit Ewwe Longts, „Wie weiter mit der Neckarstadt-West?“, *Kommunalinfo Mannheim* (02.08.2020).

3 Gabriel Höfle, „Westwind: Ausverkauf des öffentlichen Raums“, *Neckarstadtblog* (06.08.2020).

4 Stadt Mannheim, „Bericht Lokale Stadterneuerung (LOS), Mannheim Neckarstadt-West“, 2017/18.

5 Interview mit Ewwe Longts (Anm. 2).

6 Manuel Schülke, „Vorstellung des neuen Kiosks am Neckar“, *Neckarstadtblog* (30.07.2020).

7 Fairmieten, „Neckarstadt-West: Vernichtung von Wohnraum zugunsten bevorzugter Gastronomie – von der Stadt gefördert?“, *Kommunalinfo Mannheim* (10.07.2020).

8 Interview mit Ewwe Longts (Anm. 2).

„Grund und Boden [...] können zum Zwecke der Vergesellschaftung [...] in Gemeineigentum [...] überführt werden.“ (Art. 15 GG)

International gegen Rassismus

N. B.

Etwa 60 Genoss*innen der IV. Internationale aus der ganzen Welt diskutierten in einem Online-Seminar des Internationalen Forschungs- und Bildungsinstituts (IIRE – International Institut for Research and Education) vom 18.-21. Juli 2020 das Thema Rassismus in seinem Zusammenhang mit dem Kapitalismus sowie Strategien des antirassistischen sozialistischen Kampfes.

In den theoretischen Beiträgen und persönlichen Erfahrungen der Genoss*innen wurde deutlich, wie eng Rassismus und Kapitalismus zusammenhängen.

Rassismus im globalen Kapitalismus

In den theoretischen Beiträgen und persönlichen Erfahrungen der Genoss*innen wurde deutlich, wie eng Rassismus und Kapitalismus zusammenhängen.

Diese brutale Verbindung geht bis auf die Entstehung des Kapitalismus zurück, als Menschen versklavt und im globalen Handel gegen unterschiedliche Produkte eingetauscht wurden. Diese Verdinglichung von Menschen sowie die Verdrängung und Ausrottung der indigenen Bevölkerung ermöglichte als Teilaspekt der „ursprünglichen Akkumulation“ den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus.

Kolonialismus und Imperialismus setzten den Kapitalismus letztlich in der ganzen Welt durch. Erst zur Legitimierung dieser Politik wurde der „wissenschaftliche“ Rassismus entwickelt, der eine biologische Unterlegenheit Schwarzer und anderer indigener Menschen zu erklären vorgab.

Heute entfernen sich Rassist*innen meist von solch biologistischen Argumenten und bewegen sich hin zu einem Ethnozentrismus. Er zielt auf die Einheit der vermeintlich überlegenen abendländischen Kultur und fordert daher „undurchlässige“ nationale Grenzen zu ihrem „Schutz“.

Nachdem der Rassismus dem Kapitalismus eine nützliche Ideologie zu seiner weltweiten Durchsetzung geliefert hatte, funktioniert er heute als willkommenes Hindernis bei der Bildung von Klassenbewusstsein, indem er die arbeitenden Klassen in sich spaltet.

Ähnlich wirkt auch die Unterdrückung der Frau, die zudem „rassifizierte“ – d. h. mit rassistischen Zuordnungen diskriminierte – Arbeiterinnen in eine besonders prekäre und gefährliche Lage bringt. Genossinnen berichteten von tödlichen illegalen Abtreibungen, Zwangssterilisierungen indigener Frauen und politisch motivierten Vergewaltigungen.

Dabei müsste der Rassismus der Herrschenden uns eigentlich als Warnung davor dienen, in welcher Brutalität sie in der Lage sind, Arbeiter*innen auszubeuten – zunächst nur einen Teil, mit der Zeit die ganze Klasse.

Antirassistische Kämpfe

Aus dem engen Zusammenhang von Rassismus und Kapitalismus ergibt sich, dass antirassistische Kämpfe gleichzeitig antikapitalistische Klassenkämpfe sind und Klassenkämpfe immer auch antirassistisch geführt werden müssen.

Die *Black Lives Matter*-Bewegung in den USA und die erstmalige breite Beteiligung weißer Arbeiter*innen daran wurden als Aus-

druck dessen gedeutet, dass die unterschiedlich rassifizierte Arbeiter*innen zunehmend erkennen, dass sie im Grunde unter dem gleichen System leiden – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – und das gemeinsame Interesse teilen, ihre Unterdrückung und Ausbeutung zu überwinden. Verbindende Elemente finden sich neben der Sphäre der (Lohn-) Arbeit auch in anderen Lebensbereichen wie dem Zugang zu gutem Wohnraum, Transport, Nahrung und Gesundheit.

Am Ende des Seminars stand fest, dass dieses nur ein Neuanfang in der antirassistischen Arbeit der IV. Internationale sein konnte. Sowohl die Diskussion um die Entstehung und Wirkweise von Ra-



Demo gegen die rassistischen Ermordungen von Adama Traore und Georges Floyd, Paris am 2. Juni 2020.

„Kapitalismus – unser Schicksal?“

R. G.

So lautete die Fragestellung des diesjährigen Sommer-Seminars der ISO Rhein-Neckar, das Ende Juli stattgefunden hat. Aufgrund der Pandemie wurde diesmal nicht nur auf den Inhalt Wert gelegt, sondern auch auf die entsprechenden Infektionsschutzmaßnahmen.

Die Referate und die sich anschließenden Diskussionen befassten sich mit den Krisen des globalen Kapitalismus und der Frage, wie wir gemeinsam und solidarisch den Kapitalismus überwinden können.

Ausgehen, von dem, was ist.

Weltweit würden die verheerenden Folgen der Krise des kapitalistischen Weltsystems immer offener zu Tage treten. Dies zeige sich aktuell bei der COVID-19-Pandemie und dem Klimawandel. Beide seien wesentlich durch den Kapitalismus verursacht und würden unmittelbar menschliches Leben bedrohen.

Kapitalismus bedeute eben den permanenten „Zwang“, die Produktion auszuweiten und den größtmöglichen Profit zu erzielen. Genau dies würde aber zu grenzenloser Ausbeutung von Mensch und Natur führen.

Ein Ausweg aus dieser Entwicklung sei möglich. Doch dazu müsse die private Profitwirtschaft, der Kapitalismus, abgeschafft werden. Nur so könne der profitgetriebene Raubbau an Natur und Mensch beendet werden.

Gemeinsam organisieren, gemeinsam kämpfen.

Im zweiten Teil des Seminars ging es um die Frage, wie und ob die Abschaffung des Kapitalismus und eine „bessere“ Welt erreicht werden kann.

Die täglichen Angriffe auf die sozialen und politischen Rechte der arbeitenden Klasse würden zu Vereinzelung und Entsol-

darisierung führen. Diese Alltagserfahrung wird seitens der neoliberalen Ideologen zum alternativlosen Normalzustand erklärt. Letztlich seien nach dieser Ideologie diejenigen selbst schuld, die in dieser Gesellschaft scheitern.

Die für viele real erfahrbare Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen führe derzeit kaum zu erfolgreichen Abwehrkämpfen. Die Gewerkschaften als größte Organisationen der arbeitenden Klasse versagen auch in dieser Hinsicht praktisch und theoretisch. Wenn aber gemeinsame und solidarische Gegenwehr kaum mehr möglich scheint, dann gilt als „Alternative“ viel zu oft nur noch der individuelle (wirtschaftliche) Einzelerfolg oder das gemeinsame Treten auf noch Schwächere. Genau dies macht Menschen anfällig für rechte Ideologien.

Aufgeben ist keine Option.

Um diese Entwicklung stoppen zu können, müssten größere Sektoren der arbeitende Klasse positive Kampferfahrungen machen und ein Bewusstsein darüber erlangen, dass eine andere, solidarische Welt möglich ist.

Daher sollten wir überall dort, wo wir leben, lernen und arbeiten, die gemeinsame Gegenwehr gegen die Auswirkungen des Kapitalismus und seiner Krisen organisieren.

Gelingen könne uns das nur, wenn wir uns dabei selbst politisch und organisatorisch stärken und in aktiven Gruppen („harten Kernen“) zusammenschließen, die sich für die gemeinsame Interessen der arbeitenden Klasse und gegen jegliche Form von



FFF-Demo in Aachen, 21. Juni 2019.

Foto: Avanti².

Vor 80 Jahren Stalinistischer Auftragsmord in Coyoacán

H. N.

Am 20. August 1940 fand ein heimtückischer und brutaler politischer Auftragsmord in Coyoacán (Mexiko) statt, den der Diktator Stalin persönlich angeordnet hatte.

Ihm fiel Leo D. Trotzki zum Opfer. Der aus der Ukraine stammende Revolutionär erlag am 21. August 1940 den schweren Kopfverletzungen, die ihm ein Killer des stalinistischen Geheimdienstes mit einem Eispickel zugefügt hatte.

Trotzki hatte sich seit seinem 18. Lebensjahr unerschrocken für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung eingesetzt. 1917 spielte er gemeinsam mit Lenin die entscheidende Rolle in der Oktoberrevolution.

Es gibt wohl kaum eine andere Person der sozialistischen Bewegung, die so systematisch verleumdet und verfolgt worden ist.

Im Februar 1929 wurde Trotzki wegen seiner konsequenten Verteidigung der Ziele der Oktoberrevolution auf Anweisung Stalins aus der mittlerweile bürokratisch degenerierten Sowjetunion ausgewiesen.

Seitdem versuchte Trotzki, die linken, revolutionären Kräfte auf Weltebene politisch und organisatorisch zusammenzufassen. Dies mündete 1938 in die Gründung der IV. Internationale. Fünf Jahre hartnäckiger Vorbereitungsarbeit hatten trotz vieler Rückschläge zum Erfolg geführt.

Stalin ebnete mit dem blutigen Terror der „Säuberungen“ in der UdSSR ab 1936 auch den Weg für den Vernichtungskrieg seiner kriminellen Geheimpolizei gegen die Bewegung für die IV. Inter-

nationale und für die Ermordung Trotzkis, seiner meisten Familienangehörigen und seiner führenden Mitstreiter.

Unser viel zu früh verstorben französischer Genosse Daniel Bensaïd hat geschrieben, dass „die Geschichte des Trotzkismus den eminent politischen Anspruch [zeigt], nicht nach- oder aufzugeben, [...]. Der postume Sieg von Trotzki und seinen [...] Erben lag in der Entfaltung von Schätzen von Mut und Geisteskraft, um nicht die Orientierung zu verlieren, während so viele bekannte Köpfe sich aus Überdruß oder Opportunismus den Siegern da-



Leo Trotzki, seine Frau Natalja Sedowa und sein Enkel Esteban Volkow in Mexiko, 1939.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SA, 05.09.2020, 17:00 Uhr, Kundgebung Seebrücke, Marktplatz MA*
- MI, 09.09.2020, 19:00 Uhr, Antikriegstag, Gewerkschaftshaus MA*
- DO, 10.09.2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- MI, 23.09.2020, 19:00 Uhr, Viko „Wer, wenn nicht wir ...“
- DO, 24.09.2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- FR, 25.09.2020, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu aktuellem Thema

Vorschau

- SA, 17. 10.2020, 13:00 Uhr, 7. Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA*

*(mit sorgsamer Beachtung der Gesundheitsschutzregeln)

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

